

Dreiste Streikverbotsdrohung durch Gesamtmetall!

8.1.2018



Fotos: Rote Fahne

In verschiedenen Metall-Tarifbezirken wächst die Streikbereitschaft für die Durchsetzung der 6 Prozent, für Arbeitszeitverkürzung und Angleichung von Löhnen und Arbeitszeit im Osten. 5.000 gingen im schwäbischen Ludwigsburg am 14. Dezember auf der Straße. Darunter viele Jugendliche, Azubis, Jungarbeiter. Eine Kollegin dazu: „Seit dem Streik um die 35-Stunden-Woche 1984 habe ich so eine kämpferische Aktion nicht mehr erlebt.“ Das auf breiter Front wachsende gewerkschaftliche Bewusstsein drückt sich auch im stärkeren Zusammenhalt zwischen den Leiharbeitern und Festangestellten aus. Bei Daimler Stuttgart, VW in Wolfsburg und Hannover und in anderen Betrieben wurde die Forderung nach Festanstellung der Leiharbeiter erhoben. Bei Siemens oder Thyssen-Krupp-Steel fanden kämpferische Aktionen gegen geplante Arbeitsplatzvernichtung statt.

Der Unternehmerverband Gesamtmetall packt nun die Keule aus und droht der IG Metall mit Schadensersatzforderungen, wenn sie zu Warnstreiks und Streiks aufruft und sich Kolleginnen und Kollegen daran beteiligen. Ein ungeheurer Vorgang! Ein gekauftes Gutachten soll belegen, dass die geforderte Arbeitszeitverkürzung mit Teillohnausgleich und ein Arbeitskampf darum „rechtswidrig“ seien. Der Gutachter konstruiert eine Ungleichbehandlung gegenüber Teilzeitbeschäftigten, die keinen Lohnausgleich bekommen würden. Als wäre „Ungleichbehandlung“ für die Herrschenden jemals ein Problem gewesen. Die Spaltung der Belegschaften in Festangestellte, Leiharbeiter, Werkvertrügler und 1,44 Millionen Teilzeitbeschäftigte ist doch ihr tägliches Geschäft!

Ganz offensichtlich fährt auch die wachsende Kritik am Kapitalismus unter Kolleginnen und Kollegen den Herrschenden in die Knochen. Immer mehr Menschen suchen nach einer gesellschaftlichen Alternative, bei der Angst vor Niedriglöhnen, Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung und Kriegsgefahr der Vergangenheit angehören. Für die MLPD ist das der echte Sozialismus. Erst mit der Beseitigung des Kapitalismus und Errichtung des Sozialismus wird die heutige Ausbeutung und Unterdrückung abgeschafft.

Der Versuch von Gesamtmetall, das in Deutschland ohnehin auf Tarifforderungen eingeschränkte Streikrecht weiter einzuschränken, muss die passende Antwort bekommen: breite Mobilisierung für kraftvolle 24-Stunden-Warnstreiks, Urabstimmung und Streik, bis die Forderungen durchgesetzt sind. Der politische Angriff von Gesamtmetall erfordert vor allem aber eine politische Antwort: den Kampf um ein vollständiges und allseitiges gesetzliches Streikrecht! Die Gewerkschaften müssen Kampforganisationen sein, sagen viele Kolleginnen und Kollegen.

Statt die Angriffe von Gesamtmetall offensiv zu beantworten, will der IG Metall-Vorsitzende Jörg Hofmann beschwichtigen: die IG Metall wolle gar keine kollektive Arbeitszeitverkürzung. Damit stellt er sich offen gegen die Forderung nach Angleichung der Arbeitszeit in Ost und West sowie gegen die weitergehende Forderung nach der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Dafür hat er kein Mandat und fällt außerdem den Beschäftigten in Ostdeutschland in den Rücken. Der IG Metall-Vorstand weiß: die Angleichung der 35-Stunden-



IGM-Warnstreik bei Siemens, Krefeld, 4.5.2016

Tarifforderung in ver.di diskutieren!

Im Frühjahr 2018 wird auch die Gewerkschaft ver.di mit ihren Mitgliedern in Bund und Kommunen für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen in den Kampf ziehen. Unter anderem für 6 Prozent mehr Lohn, Erhöhung des Zusatzurlaubs für Wechsel- und Schichtarbeit auf 9 bzw. 6 Tage und Anhebung des Urlaubsanspruchs für Auszubildende und Praktikantinnen und Praktikanten auf 30 Tage.

Zusammenkommen muss die Tarifrunde mit der Metalltarifrunde und die breite Diskussion besonders über die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf eine 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und die Angleichung der Löhne, Arbeitszeiten und Rente in Ost und West. Darüber muss noch stärker das Bewusstsein wachsen, was auch dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft entspricht.

Für ein allseitiges vollständiges und gesetzliches Streikrecht!

In Deutschland, wo angeblich alles so demokratisch ist, gibt es kein allseitiges Streikrecht, es ist auf Tariffragen reduziert. Ganz anders im früher sozialistischen China zur Zeit Mao Zedongs. Dort war das Streikrecht für Gewerkschaften ausdrücklich in der Verfassung verankert - als ein wichtiges Mittel, die Macht der Arbeiterklasse gegen alte und neue Kapitalisten mit dem Parteibuch in der Tasche zu verteidigen.

Woche in Ostdeutschland kann nur mit einem hart geführten Streik gegen Gesamtmetall durchgesetzt werden. Will er mit seinem Abgesang an Kampfmaßnahmen den angeschlagenen Monopolparteien Flankenschutz geben, die es seit Monaten nicht schaffen, eine neue Regierung zu bilden? Wir Arbeiter haben kein Interesse, die nächste Regierung zu schonen – egal wie sie aussieht!

Stattdessen beschwört Jörg Hofmann in der letzten metall-Zeitung die Politik des „sozialen Kompromisses“, also die Politik des Co-Managements. Wie soll eine angebliche „Partnerschaft“ von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften aussehen, wo die einen – die Kapitalisten - über die Produktionsmittel, den staatlichen Machtapparat und die Medien verfügen, die anderen – die Arbeiterinnen, Arbeiter und die Masse der Angestellten – aber nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben? Die Arbeiter wollen und können nicht „Partner“ ihrer eigenen Ausbeutung sein! Die einzige Kraft, die die Arbeiterinnen, Arbeiter und die Masse der Angestellten haben, ist ihre Organisiertheit – in den Gewerkschaften, anderen Massenorganisationen und in der revolutionären Arbeiterpartei MLPD.

Protest ist links!

Mancher hat bei der Bundestagswahl aus Protest AfD gewählt. Sie ist aber keine Protestpartei! Ihre Hetze gegen Flüchtlinge und „Linksextremisten“ soll einen Keil in die Bevölkerung treiben. Sie ist ausgemacht arbeiterfeindlich und verliert kein Wort zu den Tarifrunden, gegen die Angriffe von Gesamtmetall auf den Acht-Studententag und die geplanten Streiks. Sie arbeitet mit ultrareaktionären und faschistischen Kräften zusammen, um Gewerkschaft und Belegschaften zu spalten.

Arbeitszeitverkürzung aktueller denn je!

Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ist die wichtigste wirtschaftliche Forderung im Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und Überlastung. **Eine 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich würde rechnerisch sechs Millionen Arbeitsplätze schaffen!**

Arbeitsplätze, die Tausende Kolleginnen und Kollegen bei Air Berlin, Siemens, Stahl usw. dringend brauchen. Vor allem auch angesichts der bevorstehenden Strukturkrise als Folge der Umstellung auf E-Mobilität. Einige IG-Metall-Funktionäre wiesen dagegen auf der Kundgebung in Ludwigsburg am 14. Dezember Kolleginnen und Kollegen auf, ein Transparent mit dieser Forderung einzurollen. Das sei „keine Forderung der IG Metall“. Wer, wenn nicht die Mitglieder sind denn die IG Metall?

Ich möchte:

- ein persönliches Gespräch
- zu Veranstaltungen eingeladen werden
- Dauerspender/in werden
- 2 Ausgaben des 14-tägigen Magazins **Rote Fahne** lesen (kostenlos)
- Mitglied der **MLPD** / des Jugendverbands **REBELL** werden
- Mitmachen im Internationalistischen Bündnis

Bitte persönlich abgeben oder im Umschlag an:

Zentralkomitee der MLPD | Schmalhorststr. 1c, 45899 Gelsenkirchen

Name:

Vorname:

Straße / Telefon:

PLZ / Ort:



Rote Fahne Magazin

Ich möchte

- Jahresabo normal (26 Ausgaben) 55,00 Euro
- Jahressozialabo 35,00 Euro (Begründung beifügen)
- Probeabo (2 Ausgaben, kostenlos) – endet automatisch

14-tägig
2,50 Euro

Abgeben bei der MLPD oder einsenden an:
Verlag Neuer Weg, Alte Bottroper Str. 42, 45356 Essen
Telefon: 0201 25915, E-Mail: vertrieb@neuerweg.de